

Kontaktdaten:



Träger: **WEST** mbH
Tecklenburger Str. 8
48565 Steinfurt

eMail: Post@EU-DIRECT.Info
Internet: <http://www.EU-DIRECT.Info>

Tel. 0 25 51/69-27 00

So finden Sie uns:

Folgen Sie der Beschilderung für das Kreishaus Steinfurt in Steinfurt-Burgsteinfurt.
Parkmöglichkeiten befinden sich beim Kreishaus. Das Gebäude der WEST befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft direkt an der Tecklenburger Straße in Richtung Stadtmitte.



WEST mbH s Tecklenburger Str. 8 s D-48565 Steinfurt s Internet: <http://www.EU-DIRECT.Info>

EU-Erweiterung

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei Wie geht es weiter?



Stand: Oktober 2006

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei Wie geht es weiter?

Kanzlerin Angela Merkel war Anfang Oktober 2006 für einen zweitägigen Besuch in der Türkei. Die Gastgeber hatten vor allem eine Hoffnung mit dem Besuch verbunden: Bevor Deutschland am 1. Januar 2007 den EU-Ratsvorsitz übernimmt, ein klares Signal Merkels, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei fortgesetzt werden.



Merkel erklärte am 06.10.2006 in Istanbul, dass sie die Beitrittsverhandlungen nicht behindern wolle und betonte, dass sie schon immer gesagt habe, dass sie sich an geschlossene Verträge halten werde. Als CDU-Vorsitzende setze sie aber weiterhin auf das Konzept einer „privilegierten Partnerschaft“.

Rückblick und aktueller Stand der Reformen

Seit über 40 Jahren hoffen die Türken auf einen Beitritt zur Europäischen Union. Die EU bemängelt allerdings das erlahmte Reformklima in der Türkei. So beispielsweise die unzureichenden Fortschritte im Bereich der Meinungsfreiheit, der Rechte von Frauen und religiösen Minderheiten, der Rechtsstaat-Reformen und die immer noch zu starke Stellung der Armee.

Stockende Reformen und der Eklat um die Islamkritik des Papstes ließen die Kanzlerin dann auch ihre Skepsis gegenüber einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU bekräftigen. Darüber hinaus bereite das Stichwort „Zypern“ Sorgen, wie Merkel betonte. Die EU fordert von der Türkei, dass sie bis Ende 2006 das so genannte Ankara-Protokoll über die Öffnung seiner Flug- und Seehäfen für zyprische Flugzeuge und Schiffe unterzeichnet. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan forderte die EU hingegen auf, zunächst die Isolation des türkischen Nordens der Mittelmeerinsel aufzuheben.

EU-Beitritt der Türkei - ein heikles Thema

Der EU-Beitritt der Türkei ist ein heikles Thema und äußerst umstritten, selbst innerhalb der Großen Koalition. Teile der CDU/CSU fordern sogar eine komplette Aussetzung der Beitrittsverhandlungen, was die SPD jedoch ablehnt.

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck forderte der Türkei in ihrem Bemühen um einen EU-Beitritt eine „faire Chance“ zu geben. "Es wäre ein verheerender Fehler, wenn wir der Türkei die EU-Tür vor der Nase zuschließen", sagte Beck gegenüber der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". Dass die Union der Türkei nur eine privilegierte Partnerschaft zugestehen wolle, sei falsch. Er betonte, dass das nicht die Politik der Bundesregierung sei. Seine Partei werde weiter darauf achten, dass die Türkei eine faire Chance hat, EU-Mitglied zu werden. Allerdings forderte auch Beck Reformen.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnet es als "eine Schlüsselfrage für Europa", ob sich die Türkei dauerhaft zu Europa und seinen Werten bekenne. Der SPD-Politiker warnt davor, die Türkei nur kurzfristig als Bollwerk zu islamischen Ländern des Mittleren Ostens zu missbrauchen - stattdessen solle die Türkei ihre Brückenfunktion erhalten.

Günter Verheugen, der Vizepräsident der EU-Kommission und früher Erweiterungskommissar, bezog am 11.10.2006 deutlich Stellung und erklärte: „Das Ziel der Verhandlungen lautet EU-Vollmitgliedschaft und ich warne davor, ein Scheitern dieser Verhandlungen herbeizureden. Wir haben jedes Interesse an einer Türkei, die fest mit der westlichen Welt verbunden ist – die also demokratisch und rechtsstaatlich ist, die Menschenrechte achtet und die Minderheitenrechte schützt. Dafür stehen die Reformkräfte in der Türkei, und diese Kräfte brauchen und verdienen die Unterstützung Europas.“ Der EU-Kommissar fügt hinzu: „Das ist unsere Form des Regimewechsels – ohne einen einzigen Schuss.“ Weiter kritisierte er „Europa sendet in Richtung Türkei fast nur noch negative Signale.“ „Wir konzentrieren uns auf die Schwächen des Landes, ohne Mut zur Veränderung zu machen. Das verursacht in der Türkei wachsende Unlust, die von uns geforderten Reformen voranzutreiben. Das wiederum führt in Europa zur Feststellung, die Türken schafften es nicht“, so Verheugen gegenüber der „Bild am Sonntag“. „Das ist eine gefährliche Spirale, die in ein weltpolitisches Versagen aller erster Ordnung zu münden droht.“

Merkel hält es für möglich, dass sich die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 mit dem weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei befassen muss. Die Türkei und Europa müssen sich annähern, so Frau Merkel. Sie ist als Brücke zwischen Europa und den islamischen Staaten wichtig. Der Dialog mit dem Islam ist nicht zuletzt wegen der internationalen Lage notwendig und wichtig. Das Nein der Kanzlerin zum Türkeibeitritt wird so zumindest etwas entschärft.

Brüssel 11.10.2006 - Udo Röllenblech